



TRANSFORMATIONSENGPÄSSE: ERKENNEN, STRUKTURIEREN UND GESTALTEN

Eingereicht von: Konny Klingenburg, DGB-Bundesvorstand

Die fortschreitende Globalisierung, die Digitalisierung und das Ziel der Klimaneutralität führen zu einem enormen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. In der Arbeitswelt geraten gut organisierte Branchen und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zunehmend unter Druck. Neu entstehende Beschäftigung ist dabei meist nicht gleichwertig: Teilzeit, schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen, keine Mitbestimmung. Die digitale und ökologische Transformation stellt etablierte Geschäftsmodelle, Produktionsverfahren, Wertschöpfungsketten und damit verbundene Arbeitsplätze quer über Branchengrenzen hinweg in Frage.

Nach dem die Globalisierung lange Zeit die weltweite Arbeitsteilung strukturiert hat, haben die Folgen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges und in deren Folge gerissene Lieferketten gegenläufige Tendenzen bestärkt. Hinzu kommen die massiv gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise, die den Druck auf Wertschöpfung in Deutschland und Europa weiter verschärfen.

Notwendige Investitionsentscheidungen in die Modernisierung der Industrie werden in diesem von verschärftem Wettbewerb und geopolitischen Spannungen zwischen Staatenverbänden geprägten Umfeld deutlich erschwert. Die Ansiedlung von Wertschöpfung und Zukunftstechnologien wird jedoch entscheidend sein, um aus deutscher und europäischer Perspektive industrielle Standorte und Arbeitsplätze abzusichern und diese auch weiterzuentwickeln. Fest steht, dass sich die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Transformation im Lichte der geopolitischen Entwicklung dramatisch verändert haben. Bestimmte Prämissen, wie die Verfügbarkeit eines kostengünstigen und vergleichsweise weniger umweltschädlichen Energieträgers wie Erdgas, haben sich zerschlagen. Derzeit ist eher unwahrscheinlich, dass sich kurz- bis mittelfristig wieder ein Zustand wie vor dem Ukraine-Krieg einstellen wird.

Stand vor einem Jahr noch die Frage der Transformationsbefähigung der Industrie im Mittelpunkt der industriepolitischen Diskussion, so sind in der derzeitigen Situation auf noch nicht absehbare Zeit Fragen der Existenz- und Beschäftigungssicherung in den Mittelpunkt gerückt. Vor dem Hintergrund dieser erschwerten Ausgangssituation gilt es in einem ersten Schritt die existenzbedrohende Energiekostenbelastung abzudämpfen und darauf aufbauend in einem zweiten Schritt die Transformationsfähigkeit zu stärken. In diesem Transformationsprozess müssen gute Arbeit und gerecht verteilter Wohlstand mit einer nachhaltigen Entwicklung und ambitioniertem Klimaschutz einhergehen.



Um bei der Umsetzung Schritte nach vorne zu kommen, braucht es Antworten auf die großen Engpässe, die sich in den letzten Jahren herauskristallisiert haben: Finanzierung, Planungsbeschleunigung sowie Fachkräfte.

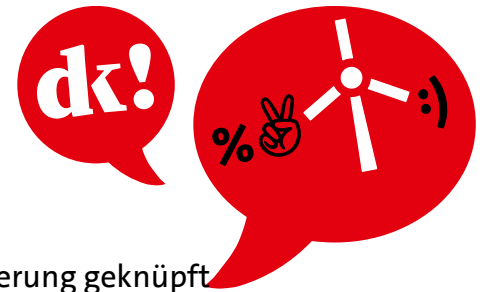
Um diese Engpässe zu beseitigen, wird es einmal mehr notwendig sein, dass der Staat eine aktive, gestaltende Rolle in der Transformation einnimmt. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen im Transformationsprozess nicht allein über den Markt erreicht werden können. Wie also kann eine aktive Transformationspolitik diese drei skizzierten Engpässe adressieren?

Gerechte Finanzierung der Transformation

Um in Deutschland bis zum Jahr 2045 weitestgehend klimaneutral zu sein, braucht es massive öffentliche und private Investitionen in die Dekarbonisierung. Während sich Schätzungen über die dafür benötigten zusätzlichen Investitionen zwischen anderthalb und gut zwei Billionen Euro bis Mitte des Jahrhunderts bewegen, ist die Frage, woher die finanziellen Mittel kommen sollen. Zudem tragen steigende Zinsen und ein unsicheres Investitionsumfeld zu Investitionszurückhaltung bei. Insbesondere die öffentliche Hand muss die Voraussetzungen für den nachhaltigen Umbau im Sinne einer Modernisierungsstrategie schaffen. Das betrifft unter anderem den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Energieinfrastrukturen, der E-Ladeinfrastruktur, des Schienenverkehrs, des ÖPNV, des klimaneutralen Gebäudebestands, aber auch entsprechende Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Förderung im Bereich der Energieeffizienz. Ein Großteil der notwendigen Investitionen ist privater Natur. Ambitionierte Klimaziele erfordern die Marktdurchdringung innovativer Technologien, die heute zwar technisch nutzbar, bisher aber oft nicht betriebswirtschaftlich rentabel einsetzbar waren. Oft fehlen für große und langfristige Investitionsentscheidungen das sichere Politikumfeld, ausreichend Eigenkapital, der geeignete Beschaffungsmarkt oder entsprechende Gewinnerwartungen.

Damit die technologische Entwicklung nicht zu spät oder außerhalb von Deutschland erfolgt, braucht es einen strategisch investierenden, fördernden und regulierenden Staat, der die Lücke zwischen dem betriebswirtschaftlich Rentablen und dem volkswirtschaftlich Zielführenden schließt. Nur wenn diese „grüne Investitionslücke“ geschlossen wird, werden auch die Weichen für die nachhaltige Entwicklung des Industriestandortes gestellt. Nur so kann eine Senkung der Produktions- und Technologiekosten realisiert werden, wie etwa bei den erneuerbaren Energien geschehen.

Wichtig dabei ist, dass die Allgemeinheit an den Wohlstandsgewinnen partizipiert. Weder dürfen Gewinne vollständig privatisiert noch Verluste vollständig sozialisiert werden. Gleichzeitig müssen öffentliche Gelder klar konditioniert und an ökonomisch und gesellschaftlich wichtige Bedingungen wie Gute Arbeit, Aus- und



Weiterbildungsstrategien und langfristiger Beschäftigungssicherung geknüpft werden.

Ein Transformationsfonds kann strategisch wichtige Investitionen insbesondere bei der Dekarbonisierung der Industrie durch Zuschüsse oder Eigenkapital unterstützen und damit private Investitionen in die Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen lenken. Um höhere Betriebskosten klimaneutraler Produktionsverfahren für eine Übergangszeit auszugleichen, sollten die seit längerem diskutierten Klimaschutzdifferenzverträge zügig und flächendeckend eingeführt werden. Zudem sollten staatliche Mindestquoten für klimaneutrale Grundstoffe für eine gesicherte Markteinführung sorgen.

Gleichzeitig ist klar, dass die öffentlichen Zukunftsinvestitionen, etwa in eine umfassende Infrastrukturmodernisierung, als volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen finanziert werden müssen. Diese fördern den sozialen Zusammenhalt und stärken die wirtschaftliche Entwicklung im Transformationsprozess. Zur Finanzierung der öffentlichen und Förderung der privaten Investitionen sind erhebliche Bundesmittel notwendig. Dies erfordert eine Stärkung der Einnahmenseite durch ein gerechtes Steuersystem ebenso wie eine Abkehr von Schuldenbremse und „Schwarzer Null“.

Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren

Neben den monetären Investitionshemmnissen gibt es eine Reihe nichtmonetärer Hürden, die bei der Realisierung wichtiger Transformationsvorhaben im Wege stehen. Komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie inkohärente gesetzliche Vorgaben gelten als große Hemmnisse.

So erschweren beispielsweise Abstandsregeln den Bau notwendiger Windkraftanlagen. Auch die Modernisierung von Anlagen (Repowering) wird durch bestimmte Vorschriften erschwert. Dementsprechend hoch ist der Handlungsdruck, die Verfahren zu beschleunigen. Problematisch ist jedoch, dass sich die Gesetzgebung in den letzten Jahren einseitig auf das Schlagwort „Bürokratieabbau“ (z. B. gestraffte Genehmigungsverfahren) konzentriert hat. Das kann in manchen Fällen zwar durchaus sinnvoll sein, sollte aber nicht über den Handlungsbedarf insgesamt hinwegtäuschen.

Der Investitionsstau ist von weit mehr abhängig. Damit lange Warte-, Bearbeitungs- und Genehmigungszeiten sowie die Überlastung der vorhandenen Beschäftigten in den Ämtern abgebaut wird, braucht es mehr Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Auch angesichts der oftmals komplexen Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren, die es erfordern, verschiedene rechtliche Standards (z. B. Umwelt-, Haushalts-, Vergabe-, Bauordnungsrecht) zu berücksichtigen, und die mit einem hohen Koordinierungsaufwand zwischen unterschiedlichen Verwaltungen einhergehen, kann die Notwendigkeit von gut qualifizierten und



angemessen bezahlten Beschäftigten nicht genug betont werden. Hinzu kommen Verzögerungen auf Grund von Klagen von Bürgerinitiativen sowie Probleme, die durch einen verkürzten Fokus auf den günstigsten Ausschreibungspreis entstehen. Viele der Regeln, die bei Bauvorhaben zu beachten sind, sind sinnvoll, weil sie dem Schutz der Beschäftigten, der Umwelt oder der Allgemeinheit dienen. Deshalb ist dafür zu sorgen, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, ohne dass diese Beschleunigung auf Kosten der Einhaltung entsprechender Gesetze, der Orientierung am Bedarf und der Einbeziehung der betroffenen Bürger*innen geht. Zudem müssen Beteiligungsprozesse so frühzeitig wie möglich gestartet werden.

Fachkräfte für die Transformation

Nahezu unabhängig von der Branche erscheint die Diskussion, um Fachkräftebedarfe und notwendige Qualifikationserfordernisse von Fachkräften ein Thema mit wachsender Dringlichkeit zu sein. So fehlen allein im Handwerk gegenwärtig schon 65.000 Fachkräfte. Bedingt durch einen verschärften demographischen Wandel in den kommenden Jahren besteht die Gefahr, dass sich diese Lücke weiter öffnen wird. Das verdeutlicht, dass in den anstehenden Transformationsjahren Fachkräfte eine Herausforderung sein werden, die wir meistern müssen.

Zum einen braucht es dafür gezielte Weiterbildungsmaßnahmen, die die Fachkräfte in Gänze adressieren. Der Ansatz, Deutschland zu einer Weiterbildungsrepublik zu machen, ist hier zentral. Hier ist die Politik gefordert, die guten Ansätze der letzten Jahre (wie z. B. das Qualifizierungschancengesetz und das Gute-Arbeit-von-Morgen-Gesetz) konsequent weiterzudenken. Neben einem Recht auf Weiterbildung, sollte eine Weiterbildungsteilzeit oder auch ein Transformationskurzarbeitergeld eingeführt werden, um Beschäftigte und Betriebe bei dieser Herausforderung zu unterstützen. So können Unternehmen gezielt weiterbilden, aber auch Beschäftigte selbst in ihrer (Um-)Orientierung gestärkt werden.

Gleichzeitig zeigt sich, dass auch eine mangelnde Attraktivität der Arbeitsbedingungen ein Hemmnis für die langfristige Bindung von Beschäftigten ist. Es ist deshalb entscheidend, dass der Staat insbesondere dort, wo er öffentliches Geld einsetzt, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen fördert. Praktisch gelingt über ein Bundestariftreuegesetz oder auch eine Stärkung des Themas „Gute Arbeit“ in der GRW-Wirtschaftsförderung.

Möglicher Workshop zu den Engpässen der Transformation:

Der Workshop fokussiert sich auf die größten „Bottlenecks“ der Transformation. Wie können diese aufgelöst werden? Wie können gemeinsame Antworten aussehen, um zu einer schnelleren und gerechteren Transformation zu kommen? Wie nehmen wir auf dem Weg die breite der Gesellschaft mit und erhalten die Akzeptanz?

Klimagerechte Wirtschaft



Der Workshop diskutiert entlang der Themenfelder „Gerechte Finanzierung der Transformation“, „Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren“ und „Fachkräften für die Transformation“ notwendige und integrierte Politikansätze, um die Transformation gemeinwohlorientiert zu gestalten und bestehende Wertschöpfungsketten und gute Arbeitsplätze zu entwickeln.